

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

### **Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen – Steueransprüche konsequent durchsetzen**

Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltungen sind ernst zu nehmende Probleme. Steuervermeidungsstrategien, mit denen internationale Unternehmen ihre Steuerbelastung über Steueroasen auf einstellige Prozentsätze des Gewinns reduzieren, sind wettbewerbsfeindlich. Obwohl die große Mehrzahl der Bürger und Unternehmen ehrlich ihre Steuern zahlt, gefährden einzelne „schwarze Schafe“ den Zusammenhalt der Gesellschaft, indem sie ihren fairen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens verweigern. Gerade deshalb ist es wichtig, konsequent gegen Steuerhinterzieher und aggressive Steuervermeidungsmodelle vorzugehen, damit am Ende nicht der Ehrliche der Dumme ist. Steuerflucht ins Ausland kann nicht alleine national bekämpft werden. Entscheidend für die Verfolgung von Steuerhinterziehung im Ausland ist die internationale Zusammenarbeit der Staaten.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit bereits große Erfolge bei der Bekämpfung von Steuerflucht ins Ausland und Steuerhinterziehung erzielt, z.B.:

- 36 Doppelbesteuerungs- und Informationsaustauschabkommen in dieser Legislaturperiode
- BEPS-Project (Base Erosion and Profit Shifting): Gemeinsames Vorgehen gegen aggressive und überzogene Steuergestaltung internationaler Konzerne auf Initiative des Bundesfinanzministers und seiner englischen und französischen Kollegen
- Beteiligung Deutschlands am Aktionsplan der EU-Kommission zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung
- Ausdehnung des Anwendungsbereichs der EU-Zinsrichtlinie auf Lebensversicherungen, bestimmte Finanzprodukte, Trusts, privatnützige Stiftungen und alle Arten von Investmentfonds
- EU-Amtshilferichtlinie
- Mustervereinbarung zur Umsetzung der FACTA-Ziele auf bilateraler Ebene, Ausdehnung des automatischen Informationsaustausches auf alle Kapitaleinkünfte
- Teilnahme Deutschlands am Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes.

Die Bremische Bürgerschaft begrüßt diese Initiativen und unterstützt die Bundesregierung auf ihrem Weg, über internationale Verhandlungen und Diplomatie zu konkreten Lösungen zu kommen.

Der rechtsstaatlich höchst bedenkliche Ankauf von gestohlenen Daten über die Steuer-CDs kann kein Weg auf Dauer sein. Erhebungen der Finanzsenatorin zeigen, dass die Selbstanzeigen bezüglich nicht angezeigter Schweizer Kapitalerträge von 151 in 2010 auf 22 in 2012 stark rückläufig sind. Wir wollen Steuerhinterziehung nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern wirksam bekämpfen. Wir wollen unsere Steuergesetze bei jedem Einzelnen durchsetzen. Deshalb wäre der Abschluss des Steuerabkommens mit der Schweiz, das Rot-Grün im Bundesrat verhindert hat, der richtige Weg gewesen. Trotz des Scheiterns im Bundesrats sollten weitere Nachverhandlungen mit der Schweiz nicht ausgeschlossen werden.

Die Erfolge der Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene sollten flankiert werden durch eine konsequente Steuerbeitreibungspolitik auf der Ebene der Bundesländer.

Leider hat es der Senat jedoch versäumt, Steueransprüche und öffentlich-rechtliche Forderungen in Bremen konsequent einzutreiben. Die Steuerrückstände betragen im Jahr 2011 70 Mio Euro. Bei der Rückforderung von Unterhaltsvorschüssen ist Bremen seit Jahren auf dem letzten Platz. Ein verbessertes Forderungsmanagement wird in Bremen erst seit kurzem und auch nur in einigen wenigen Bereichen (Justiz) umgesetzt. Die Häufigkeit von Betriebsprüfungen liegt weit unterhalb des von der Finanzministerkonferenz vereinbarten Standards. Der Senat versäumt es daher, legitime Forderungen Bremens konsequent durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bremische Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Steueransprüche in Bremen konsequent einzutreiben.
2. den Forderungseinzug und das Forderungsmanagement zu verbessern.
3. die Finanzbehörden in Bremen so aufzustellen und zu organisieren, dass Betriebsprüfungen entsprechend dem von der Finanzministerkonferenz geforderten Standard durchgeführt werden können und Steueransprüche zügig geltend gemacht werden können.

Gabriela Piontkowski, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU